h. **Berlin.** Auch in Berlin wird dieser Tage ein **Peters-Prozeß** seinen Anfang nehmen. Vor dem Schöffengericht Berlin Mitte steht für den 11. Januar Termin zur Verhandlung einer Privatklage an, die Dr. Peters gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts" angestrengt hat. Die Beleidigung erblickt Peters in einer Kritik, die das genannte Blatt an den Münchener Peters-Prozeß angeknüpft hatte.

Oertliches und Sächsisches.

(Der nachstehende Inhalt der örtlichen Originalberichte ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Frankenberg, 9 Januar 1908

† **Verband sächsischer Industrieller.** Zu der am 19. und 20 Januar in Dresden stattfindenden sechsten ordentlichen Generalversammlung des Verbands sächsischer Industrieller ist aus Plauen i. V. an den genannten Verband der Antrag ergangen, auf dieser Generalversammlung auch die Frage der Aenderung der Fernsprechgebührentarife zu behandeln. Gegen diese Tarifänderung, die ebenso wie seinerzeit die Fahrkartensteuer einen neuen Versuch darstellt, Handel und Verkehr mit Steuern zu belasten und dadurch zu hemmen, soll auf Grund dieses Antrags entschieden Front gemacht werden. Ein weiterer Antrag aus Löbau verlangt eine Stellungnahme der Generalversammlung zur Frage der Kohlennot und der Lieferungsbedingungen der Kohlensyndikate. Auf das Ergebnis der Beratungen über diesen Antrag wird man um so mehr gespannt sein dürfen, als bekanntlich der Generalsekretär des Zentralverbands deutscher Industrieller, Bueck, gegen die Ausführungen des Reichstagsabg. Dr. Stresemann, der an der Spitze des Verbands sächsischer Industrieller steht, energisch Front gemacht hat. Bueck dürfte auf der Generalversammlung des Verbands sächsischer Industrieller nicht viele Anhänger finden, da die Ausführungen, die der Abg. Dr. Stresemann über die Kohlennot im Reichstag machte, nicht nur von den Mitgliedern des Verbands sächsischer Industrieller, sondern auch von den sächsischen Mitgliedern des Zentralverbands deutscher Industrieller durchaus gebilligt worden sind.

† **Gehaltsanspruch erkrankter Handlungsgehilfen.** Zu der dem Reichstag zugegangenen Vorlage der Regierung, nach der der § 63 des Handelsgesetzbuchs dahin abgeändert werden soll, daß der Prinzipal unbedingt verpflichtet wird, dem Handlungsgehilfen im Falle unverschuldeten Unglücks das Gehalt bis zu sechs Wochen weiterzuzahlen, der Prinzipal aber das Recht erhalten soll, die dem Gehilfen zukommenden Bezüge aus der Kranken- und Unfallversicherung zu kürzen, hat auch der sozialdemokratischen Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Chemnitz) beschäftigt. Es wurde beschlossen, an den Reichstag die Bitte zu richten, dem Paragraph folgende Fassung zu geben:

„Wird der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück oder militärische Dienstleistungen an der Leistung der Dienste verhindert, so behält er seinen Anspruch auf Gehalt, jedoch nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus. Der Handlungsgehilfe ist nicht verpflichtet, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer Kranken- oder Unfallversicherung zukommt. Vereinbarungen, die diesen Vorschriften zuwiderlaufen, sind nichtig."

Diese Petition ist an den Reichstag abgeschickt worden.

† **Ostern 1908.** Das Jahr 1908 bringt uns Ostern recht spät, nämlich erst am 19. April. Noch später wird es in den nächsten 25 Jahren nur noch fallen in den Jahren 1913, 1916, 1919, 1924 und 1930. Infolge des späten Datums fällt auch der Fasten-Dienstag erst auf den 3. März. Die tolle Faschingslaune hat also in diesem Jahre genügend Zeit, sich auszuleben. Himmelfahrt fällt auf den 28. Mai und Pfingsten auf den 7. Juni.

† **Flöha.** Das Direktorium des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge hat in der am 7. d. M. im Lorenzschen Gasthof hier abgehaltenen Vortragsversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Flöha den nachstehend Genannten folgende **Ehrenzeichen ausgehändigt:** Die vergoldete silberne Medaille und ein Ehrenzeugnis für langjährige treue Dienste in der Landwirtschaft an August Zimmermann für 25jährige Dienstzeit bei Frau Gutsbesitzer Therese verw. Zschocke in Altenhain; die silberne Medaille und ein Ehrenzeugnis an Bruno Zschocke in Altenhain für 19jährige Dienste bei der vorgenannten Dienstherrschaft und das Ehrenzeugnis für langjährige treue Dienste in der Landwirtschaft an Friedrich Rau für 13 Jahre Dienstzeit beim Lehngerichtspachter Rudolf Martius und dessen Vorgänger in Flöha. Den Ausgezeichneten wurden bei dieser Gelegenheit von ihren Dienstherrschaften auch Geldgeschenke gespendet.

— **Chemnitz.** Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde wiederum Justizrat Eulitz, der von 50 Stimmen 47 auf sich vereinigte, **gewählt.** Als erster Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Stadtverordneter Uhlich, als zweiter Stadtverordneter Langhammer gewählt.

— **Chemnitz.** Der am 15. März 1886 in Frankenberg geborene, bereits wiederholt wegen Rückfallsdiebstahls vorbestrafte Handarbeiter Riedel hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten, weil er am 2. November 1907 in Chemnitz vom Wäscheboden des Hauses Wiesenstraße 40 weg einen Frauenunterrock und aus einem auf der Treppe stehenden Topf drei Stückchen Butter, und vom Wäscheboden des Hauses Wiesenstraße 60 einen Bettüberzug und ein Männerhemd gestohlen hatte. Der **rückfällige Dieb** wurde trotz seines beharrlichen Leugnens für schuldig befunden und unter Ausschluß mildernder Umstände zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthausstrafe, sowie zu fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, auch wurde gegen ihn auf Zulässigkeit seiner Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Von der erkannten Zuchthausstrafe wurde ein Monat als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt erachtet.

— **Zschopau.** Seminardirektor Berger hier ist von Ostern ab zur Leitung des Seminars in Nossen **berufen worden.** Zum Seminardirektor in Zschopau wurde der Oberlehrer am Annaberger Seminar, Herr Dr. Seyfert, ernannt.

— **Freiberg.** Nachdem bereits der Besitzer Köhler der Pappenfabrik „Kurprinz" im nahen Großschirma, sowie dessen Buchhalter Koch und der Arbeiter Heide **wegen Brandstiftung** bez. Anstiftung dazu verhaftet worden waren, ist jetzt auch der frühere Buchhalter K.s, Höferer, verhaftet worden. H., der sich zuletzt in Mährisch-Schlesien aufhielt, hat angeblich auf Anstiften des Besitzers eines der vier Schadenfeuer angelegt.

— **Dresden.** Die erste Sitzung im neuen Jahre halten die Stadtverordneten am heutigen Donnerstag ab. Es wird zunächst die Einweisung der neu- und wiedergewählten Stadtverordneten erfolgen. Die Einweisung hat einen sehr feierlichen Anstrich. Nach diesem ersten feierlichen Akt wird der Oberbürgermeister seine „Thronrede" halten, woran sich die Wahl des Vorstehers, der beiden Vizevorsteher, der vier Schriftführer und der Mitglieder der vier berichterstattenden Ausschüsse anschließt. Obwohl die Sitzung einen mehr formalen Charakter trägt, sind trotzalledem scharfe Debatten nicht ausgeschlossen. Die Liberalen machen als die nun stärkste Gruppe des Kollegiums Anspruch auf den ersten Vizevorsteherposten. Entweder wird nun Dr. Häckel oder Buchbinderobermeister Unrasch springen müssen. Die antisemitische Gruppe zählt nur noch wenige Mann. Wie weit in den Konventikeln darüber die Beratungen und Beschlüsse gediehen sind, weiß man nicht. Möglich, daß in der ersten Sitzung gerade diese Frage sich zu einer **Machtfrage** gestaltet. Nun kommen aber auch die 14 Sozialdemokraten mit ihren Ansprüchen. Sie fordern zunächst auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke schon einen Sitz im Vorstand, einen Schriftführerposten. Man ist scheinbar nicht abgeneigt, diesen Anspruch anzuerkennen, doch soll die Sozialdemokratie dann im Vorstand auch Repräsentationspflichten übernehmen, eine Forderung, die in der Geschäftsordnung des Kollegiums nicht begründet ist. Auch hier wird es voraussichtlich Auseinandersetzungen geben. Ferner fordern die Sozialdemokraten mit Nachdruck je zwei Sitze in den berichterstattenden vier Ausschüssen. Die Sozialdemokraten bilden jetzt den sechsten Teil des Kollegiums.

— **Döbeln.** Der bekannte erblindete Dichter Emmrich ist nach vierzehntägigem Aufenthalt in der Landesheilanstalt Hubertusburg **gestorben.**

— **Großenhain.** Der bei der schweren Gasexplosion im „Hotel de Saxe" verunglückte Theaterkapellmeister Kruse ist am Sonntag früh seinen schweren **Verletzungen erlegen.** Der auf so jähe Weise ums Leben Gekommene war 48 Jahre alt und hinterläßt Frau und Tochter. Er erfreute sich großer Beliebtheit. Dies zeigte sich u. a. auch beim letzten Christfest darin, daß man dem ans Bett gefesselten Patienten ein Bäumchen schmückte, das mit Halbmarkstücken behangen war — eine Spende zahlreicher Wohltäter und Freunde.

— **Schönheide.** Der weitbekannte Großindustrielle Hoflieferant Flemming, Begründer der hiesigen Bürstenindustrie, Inhaber der Firma Sächs. Kardätschen-, Bürsten- und Pinselfabriken Eduard Flemming u. Co., ist im 74. Lebensjahre **gestorben.**

— **Oberwinkel** b. Glauchau. Hier wurde ein am Bachrand sitzender Handwerksbursche aus Mülsen St. Jakob in halberstarrtem Zustand aufgefunden, dessen **Beine im Bache eingefroren** waren. Bei der ärztlichen Untersuchung stellte sich heraus, daß beide Beine erfroren waren und amputiert werden müssen. Es ist fraglich, ob er mit dem Leben davonkommen wird.

— **Bischofswerda.** Hier fand eine Versammlung der Wahlmänner, der Gemeindevertreter und sonstigen Interessenten des 7. ländlichen Wahlkreises, Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda, statt, die aus allen Orten zahlreich besucht war und sich mit dem Vorgehen des Abg. Rentsch im Landtag wegen der **Seminarangelegenheit** der Stadt Bischofswerda befaßte. Man ist der übereinstimmenden Ueberzeugung gewesen, daß sich das Vorgehen Rentschs nicht mit den Interessen seines Wahlkreises, des Amtsgerichtsbezirks Bischofswerda, vereinbare und faßte deshalb folgende Resolution:

„Die heute in Bischofswerda im „Hotel König Albert" versammelten Wahlmänner des 7. ländlichen Wahlkreises, Gemeindevorstände und Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie des Wahlkreises haben die Nachricht mit Freuden begrüßt, daß die Königliche Staatsregierung den Landständen eine Vorlage zugehen ließ, „in der Stadt Bischofswerda ein Seminar zu errichten und als erste Baurate dafür 280 000 Mk. zu bewilligen". Die Versammelten erklären sich und die gesamten Interessen des Landkreises mit denen der Stadt Bischofswerda in dieser Frage aufs innigste verbunden und hatten zuversichtlich erwartet, daß ihre Vertreter im Landtag, des städtischen wie des ländlichen Kreises, die Errichtung eines Seminars in Bischofswerda auf das Wärmste befürworten würden. Umsomehr erregt in allen beteiligten Kreisen die Nachricht das größte Befremden, daß Sie in der Zweiten sächsischen Ständekammer den Antrag gestellt haben, die für Bischofswerda eingestellten 280 000 Mk. abzulehnen und für die Stadt Kamenz einzustellen. Die Versammelten mißbilligen Ihr Vorgehen aufs schärfste, erblicken darin eine schwere Schädigung der gesamten Interessen Ihres Wahlkreises, deren Vertretung sie vertrauensvoll in Ihre Hände legten und richten das dringende Ersuchen an Sie, den obenerwähnten Antrag zurückzuziehen und für die Errichtung eines Seminars in der Stadt Bischofswerda einzutreten", die dem Herrn Abgeordneten Rentsch und auch dem Landtag zur Kenntnisnahme überreicht werden soll. Des weiteren wurde auch noch eine Petition an den Landtag vorgelegt, in welcher klargelegt wurde, aus welchen Gründen Bischofswerda sich als Seminarort besonders eignet und von der Regierung den Landständen vorgeschlagen worden ist.

Hätte Abg. Rentsch die Interessen der Bischofswerdaer vertreten, so würde er sicher den Zorn der Kamenzer auf sich geladen haben. Der Mann, der es allen recht machen kann, muß eben erst geboren werden.

— **Aus dem benachbarten Thüringen.** In Lehesten bei Pößneck wurden drei Fälle von **Genickstarre** konstatiert. Umfassende Maßregeln, um ihre Verbreitung zu verhindern, wurden getroffen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— **Der preußische Staatshaushaltetat für 1908,** der gestern im Landtag eingebracht wurde, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3362021686 Mk. ab. Gegenüber den Veranschlagungen für 1907 zeigen die Schlußsummen von 1908 eine Erhöhung um 161947756 Mk. Finanzminister v. Rheinbaben kommt zu dem Ergebnis, daß das Gesamtdefizit des Etats bei der günstigeren Schätzung der Eisenbahnmehreinnahmen sich auf 45–55 Millionen, bei der ungünstigeren Schätzung auf 69 Millionen stellen wird, die aus den Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung zu decken sind. Der Minister betonte, daß die Anforderungen des Staates für 1908 die voraussichtlichen Deckungsmittel um nicht weniger als 322 Millionen übersteigen würden. Er halte es für richtig, nach dem Beispiel des Jahres 1906 zur Deckung der Staatsbedürfnisse noch einmal eine außerordentliche Anleihe aufzunehmen. Den Rest von 40 Millionen beabsichtige die Regierung durch eine mäßige Erhöhung der Einkommen- und Ergänzungssteuer aufzubringen. Für die erforderliche Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten, Geistlichen und Lehrer allein ist ein Mehrbedarf von 84 Millionen erforderlich.

— **Aus der nationalliberalen Partei.** In St. Johann-Saarbrücken fand eine Kundgebung der dortigen nationalliberalen Partei statt. Reichstagsabg. Dr. Stresemann hielt einen Vortrag über die politische Lage, an den sich eine ausgedehnte Diskussion über Reichs- und Landesfragen anschloß. Dabei wurden auch die Angriffe des Generalsekretärs Bueck auf die nationalliberale Partei besprochen und in der Diskussion zum Ausdruck gebracht, daß die Nationalliberalen des Kreises Saarbrücken mit der Stellungnahme der nationalliberalen Partei zur Frage des Kohlensyndikats einverstanden wären. Da die betreffenden Ausführungen Buecks auf der Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gefallen waren, so war es besonders interessant, daß der anwesende Vorsitzende des deutschen Stahlwerks-Verbands, Kommerzienrat Röchling-Saarbrücken, erklärte, daß der deutsche Stahlwerksverband den Angriffen Buecks auf die nationalliberale Partei fernstehe. Bueck, der bekanntlich gefordert hatte, daß die rheinisch-westfälische Großindustrie ihre Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei einer Revision unterziehen solle, weil Dr. Stresemann bei der letzten Kohleninterpellation im Reichstag energisch dafür eingetreten war, daß die Regierung die Mittel der Tarifpolitik benutzt, um eine Ermäßigung der Kohlenpreise herbeizuführen, findet also nicht einmal bei den Führern der rheinischen Großindustrie selber entgegenkommen. Daß die übrige deutsche Industrie, die unter den rigorosen Bedingungen des Kohlensyndikats zu leiden hat, in dieser Frage erst recht nicht hinter Bueck steht, braucht wohl nicht betont zu werden.

— **Der Vermögensbestand der Träger der Invalidenversicherung** belief sich am Schluß des Jahres 1906 auf 1318,5 Millionen Mark. Unter den Versicherungsanstalten hat das größte Vermögen die Rheinprovinz mit 142,8 Millionen, ihr folgen das Königreich Sachsen mit 135,9 Millionen, Schlesien mit 91, Berlin mit 74, Westfalen mit 66,2 Brandenburg mit 63,9 Millionen Mark. Die geringsten Vermögen mit 6,3 und 6,1 Millionen Mark haben Oldenburg und die Anstalt Oberpfalz und Regensburg. Unter den Kasseneinrichtungen stehen der Allgemeine Knappschaftsverein mit 39,4 und die preußisch-hessische Eisenbahnarbeiter-Pensionskasse mit 34,8 Millionen Mark an der Spitze.

— **Das Zentrum als Präzeptor.** An den diesjährigen Kaisermanövern in Lothringen wird bekanntlich auch das 2. bayrische Armeekorps teilnehmen — ein Gedanke, der den hochmögenden Partikularisten im bayrischen Zentrum garnicht behagen will. Und so protestiert bereits deren Organ, die „Augsb. Postztg.", gegen die Zuziehung bayrischer Truppen. Um die Sache schlagkräftiger zu machen, müssen „staatsrechtliche Gründe" herhalten. Kompetent in dieser Frage ist allein der Prinzregent. Doch was ficht das die Wackeren vom Zentrum an, wenn es Machtgelüste durchzudrücken gilt!

— **Abgewiesen!** Der konservative Verein zu Halle a. S. forderte die Liberalen mit Rücksicht auf ihre Hilfe bei der Reichstagswahl auf, auf ein Landtagsmandat zu verzichten. Die Liberalen lehnten ab und beschlossen die Erneuerung des Wahlkartells mit den Nationalliberalen, sodaß ein Nationalliberaler und ein Freisinniger kandidieren. — Sonst scheren sich die preußischen Konservativen, wie man in jeder Woche mindestens einmal aus der „Kreuz-Ztg." ersehen kann, doch auch nicht um die Blockpolitik. Nur bei Wahlen, wenn es ihren Vorteil gilt, sind sie gern bei der Hand, andere Leute auf den in Reichsfragen vorherrschenden Zustand hinzuweisen.

Oesterreich-Ungarn.

— **Eine Million Lire als „Peterspfennig"!** Wie eine römische Korrespondenz meldet, hat Kaiser Franz Josef Papst Pius X anläßlich seiner Genesung eine „Dankesgabe" von einer Million Lire überwiesen. — Dem Papst fließen bekanntlich aus Oesterreich alljährlich bedeutende Spenden als „Peterspfennig" zu und dieses Land dürfte darin kaum von einem anderen übertroffen werden.

Belgien.

— **Die Kabinettskrisis** wird noch verstärkt durch weitere Rücktrittsabsichten. Wie verlautet, beabsichtigt der Minister des Aeußern Davignon, anläßlich der Umänderung des Kabinetts seine endgültige Demission zu geben. Andererseits wird mitgeteilt, daß Baron v. Brocquerille wahrscheinlich zum Landwirtschaftsminister ernannt werden wird.

Frankreich.

— **Reizvolle Geschichtchen** über die Mönchswirtschaft sind seit einiger Zeit im Umlauf. Die pikanteste ist die von der spurlos verschwundenen Milliarde. Es handelt sich um die Milliarde der Kongregationen, aus denen der Grundstock der Arbeiterversicherungen geschaffen werden sollte. Wie das eigentlich gekommen ist? Man kann sich denken, daß die aufgelösten und vertriebenen Orden alles mitgenommen haben, was sie konnten. Aber dennoch erregte der amtliche Bericht über die Tätigkeit der Liquidatoren des Ordensvermögens manches Kopfschütteln und verblüffies Erstaunen. Die Honorare und Ausgabenberechnungen in einzelnen Fällen gehen bis zu schwindelnder Höhe. Es finden sich Rechnungen von 16000, 18000 und 24000 Fr. für — — Briefporto!! „Solche Ausgabenberechnungen finden sich noch manche" — wird spöttisch hinzugefügt.

Großbritannien.

— **Die englische Handelsstatistik für 1907** stellt eine bedeutende Zunahme des Im- und Exports gegenüber den beiden Vorjahren fest. Der Import im abgelaufenen Jahre beträgt 645,904176 Lstrl., der Export 426,204596 Lstrl.

Italien.

— **Der Papst und die Modernisten.** Wie der Vati-